

Pressemitteilung

Sperrfrist: 18.4.2008, 12h

***Zivilgesellschaftliches Bündnis im Land fordert:
Keine Partnerschaft mit China ohne Sozialstandards
Bündnis ruft das Land Rheinland-Pfalz zur Einforderung von Sozialstandards im
Rahmen der Partnerschaft mit der chinesischen Provinz Fujian auf***

Mainz, 18. April 2008. Nicht nur die Unterdrückung der tibetischen Minderheit in China ist in den Augen zivilgesellschaftlicher Gruppen in Rheinland-Pfalz ein Skandal, sondern auch die Art und Weise, wie auch deutsche Unternehmen in China unter menschenverachtenden Bedingungen produzieren lassen. „Ebenso wie wir die chinesische Regierung wegen der Einschränkung der Pressefreiheit und der Unterdrückung von Minderheiten kritisieren, machen wir auf die Missachtung internationaler Sozialstandards in chinesischen Zulieferbetrieben deutscher Unternehmen aufmerksam und fordern die Einhaltung von sozialen Mindeststandards, die in den sog. Kernarbeitsnormen der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) festgehalten sind“, so Dr. Sabine Ferenschild vom Bündnis „Keine Partnerschaft ohne Sozialstandards!“. In dem Bündnis haben sich zivilgesellschaftliche Organisationen in Rheinland-Pfalz zusammen geschlossen. Zu diesen zählen das Amt für Jugendarbeit der rheinischen Kirche, der DGB Rheinland-Pfalz, EIRENE-International, der Gemeindedienst für Mission und Ökumene, die Kath. Arbeitnehmerbewegung und die Kath. Studierende Jugend im Bistum Trier sowie das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar.

Das Bündnis hat sich mit dem Ziel gegründet, das Land Rheinland-Pfalz, das seit vielen Jahren eine Wirtschaftspartnerschaft mit der chinesischen Provinz Fujian unterhält, aufzufordern, sich im Rahmen seiner Partnerschaftskontakte für die Einhaltung von Sozialstandards in chinesischen Produktionsstätten einzusetzen. Als Beispiel nennt das Bündnis eine Weltmarktfabrik in Fuzhou, der Provinzhauptstadt von Fujian, die Sportschuhe für den globalen Markt herstellt. Einer der Hauptkunden dieser Weltmarktfabrik ist Reebok, die Marke, die Anfang 2006 vom deutschen Sportartikelhersteller Adidas aufgekauft wurde. Seit Adidas Reebok übernommen hat, haben sich die Arbeitsbedingungen in der Fabrik verschlechtert: So mussten die Beschäftigten von August bis Dezember 2006 durchschnittlich 322,5 Stunden pro Monat arbeiten, dies sind ca. 80 Stunden pro Woche. Die Überstunden an Abenden und an Sonntagen, die die Beschäftigten leisten mussten, machten ca. 150 Stunden pro Monat aus. „Hier ist das Land Rheinland-Pfalz aufgefordert, auf die Einhaltung sozialer Standards zu drängen“, sagt Gabriele Weber, die Vertreterin des DGB Rheinland-Pfalz in dem Bündnis.

Das Bündnis aus kirchlichen, gewerkschaftlichen und entwicklungspolitischen Organisationen in Rheinland-Pfalz will zukünftig über diese skandalösen Praktiken aufklären, weil es der Meinung ist, dass die Qualität einer Partnerschaft sich nicht nur am wirtschaftlichem Erfolg, sondern auch an der Einhaltung von Menschenrechten messen lassen muss. „Wir können nicht von globaler Partnerschaft, Völkerverständigung und Annäherung reden und gleichzeitig unsere Augen vor Menschenrechtsverletzungen und skandalösen Arbeitsbedingungen in chinesischen Firmen die Augen verschließen, die für den europäischen Markt produzieren“, so die Vertreterin des DGB auf der gestrigen Pressekonferenz der Fujian-Bündnisses in Mainz.

Die umfangreichen Rechercheergebnisse der Initiative zur Situation in der Provinz Fujian sind ab heute im Internet unter www.ak-rlp-fujian.de nachzulesen. Hintergrundinformation zum Adidas-Zulieferer in Fuzhou finden Sie zusammengefasst im Internet unter www.ak-rlp-fujian.de/aktuelles.